Archives alainberset.ch — copie d'archive
Entretien avec Alain Berset « «Mir wird oft die Hölle prophezeit» », paru dans Schweiz am Sonntag le 04.05.2014.
Adresse d'origine : http://www.edi.admin.ch/dokumentation/05463/05737/index.html?lang=de
Copie : Internet Archive, capture du 10.10.2014 —
https://web.archive.org/web/20141010192844/http://www.edi.admin.ch/dokumentation/05463/05737/index.html?lang=de

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern

«Mir wird oft die Hölle prophezeit»

Interview mit Bundesrat Alain Berset
Schweiz am Sonntag - 04.05.2014

Schweiz am Sonntag: Herr Bundesrat, sind Sie zu grosszügig mit der Gesundheitslobby?

Nein, warum?

Alain Berset: Der Abstimmungskampf zur medizinischen Grundversorgung verläuft geräuschlos.

(lacht) Wenn es jetzt ruhig ist, kommt das daher, dass im Vorfeld sehr viel diskutiert und einige Kompromisse geschlossen wurden. Nur deshalb haben wir jetzt eine geklärte Situation. Die drängenden Probleme der Hausärzte werden gelöst. Mit dem Verfassungsartikel können wir die nun auf uns zu kommenden Probleme anpacken und die Grundversorgung als Ganzes stärken. Ärzte, Pflegefachleute, Apotheker, Ergo und Physiotherapeuten und die anderen Gesundheitsfachleute sollen künftig enger und besser zusammenarbeiten.

Und was haben die Patienten davon?

Alle sollen weiterhin überall eine rasch zugängliche und gute Gesundheitsversorgung haben. Der Bedarf danach steigt. Die Menschen werden immer älter, und es gibt immer mehr chronisch Kranke. Zudem ist mehr als die Hälfte der Hausärzte über 55 Jahre alt. Jeder Zehnte hat das Pensionsalter überschritten. Es geht jetzt darum, Grundversorgung für das 21. Jahrhundert nachhaltig sicherzustellen.

Wie viele Hausärzte fehlen heute?

Wir haben genügend Ärztinnen und Ärzte, weil wir viele aus dem Ausland rekrutieren. Wir bilden momentan nur ein Viertel der Ärzte selber aus, die wir brauchen. Deshalb erhöhten wir mit den Kantonen die Ausbildungsplätze. Aber wir müssen sicherstellen, dass die hierzulande ausgebildeten Ärzte auch als Grundversorger arbeiten wollen. Fast die Hälfte schliesst mit dem Facharzttitel Innere Medizin ab, aber viele werden dann nicht Hausarzt.

Darum soll den Hausärzten nun 200 Millionen Franken mehr als bisher aus dem Gesundheitstopf zufliessen.

Das ist nur eine von mehreren Massnahmen, um die Hausärzte zu unterstützen. Wir fördern auch die Hausarztmedizin an den Unis oder haben die Labortarife angepasst. In unserem heutigen System bilden die Hausärzte das Rückgrat der medizinischen Grundversorgung.

Wo holt der Bundesrat die 200 Millionen? Bei den Spezialisten?

Für den Bundesrat ist klar, dass die Umverteilung dieser 200 Millionen Franken nicht zu höheren Prämien führen darf. Sie muss innerhalb des Ärztetarifs Tarmed stattfinden. Da sich die Tarifpartner trotz Fristverlängerung nicht auf eine kostenneutrale Lösung einigen konnten, erarbeitet nun den Bundesrat einen Vorschlag für eine Besserstellung der Hausärzte.

Wie soll das gehen?

Die Struktur des Tarmed ist seit 20 Jahren nie als Ganzes revidiert worden. Seither hat sich die Medizin unglaublich entwickelt. Gewisse Operationen, die früher etwa eine Stunde dauerten, brauchen heute wenige Minuten. Daher wollen wir die Ansätze bei gewissen technischen Leistungen etwas kürzen und dafür die eigentlichen ärztlichen Leistungen besser entschädigen. Diese Teilrevision bringen wir noch in der ersten Jahreshälfte.

Führt die Stärkung der Grundversorgung zu tieferen Gesundheitskosten?

Zumindest hilft es, die Kostensteigerungen im Griff zu behalten. 70 Prozent der Behandlungen werden von Hausärztinnen und Hausärzten gemacht, was aber nur 4 Prozent der Gesundheitskosten ausmacht.

Warum nur so wenig?

Weil es einfache Behandlungen sind, sind auch die Kosten gering. Was passiert aber, wenn es bei der Grundversorgung hapert? Die Kosten steigen, weil die Leute in die Notfallaufnahmen oder direkt zu Spezialisten gehen. Darum ist eine Stärkung der Grundversorgung auch positiv für die Kosten.

Haben Sie eigentlich ein Ziel, wie die Prämienentwicklung unter Ihnen als Gesundheitsminister verlaufen soll?

Meine Ziele sind das eine, die demografische Entwicklung das andere. Die Alterung unserer Gesellschaft ist ein wesentlicher Faktor bei der Kostenentwicklung, und das führt zwangsläufig zu Mehrbedarf an Leistungen. Meine Aufgabe ist es, die hohe Qualität unserer Gesundheitsversorgung zu erhalten und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass sie bezahlbar bleibt.

Soeben hat der Bundesrat entschieden, dass auch die Komplementärmedizin von der Krankenkasse bezahlt wird. Resultieren daraus Mehrkosten?

Damit rechne ich nicht. Gewisse komplementärmedizinische Heilmethoden werden schon heute provisorisch bis 2017 von der Grundversicherung bezahlt. Wir möchten aus dem Provisorium eine definitive Lösung machen.

Obwohl die Wirksamkeit nicht nachweisbar ist?

Die Bevölkerung hat mit 67 Prozent Ja- Stimmen klar zugunsten der Komplementärmedizin entschieden. Jetzt werden Leistungen von vier Fachrichtungen von der Grundversicherung übernommen. Es gilt das Vertrauensprinzip. Umstrittene Leistungen können aber herausgelöst werden, etwa auf Antrag einer Krankenkasse. Wie bei allen anderen medizinischen Fachrichtungen.

Alt-Bundesrat Pascal Couchepin hat gesagt, die Lobbys im Gesundheitswesen seien zu stark. Stimmt das?

Das Gesundheitswesen betrifft alle, es geht um viel Geld, und es kann um Leben und Tod gehen. Deshalb gibt es die vielen Interessenvertreter. Das ist per se kein Problem, denn das erlaubt, die Auseinandersetzung über das Gesundheitssystem breit zu führen. Am Ende ist aber wichtig, dass Kompromisse gefunden werden können.

Und das funktioniert?

Wir leben in einem Land mit einer direkten Demokratie, in der jeder wichtige Entscheid von der Bevölkerung mitgetragen werden muss. In den meisten Fällen erlaubt es die Einbindung der Akteure, die beste Lösung zu finden. Es gibt allerdings Situationen, und das bedaure ich, in denen Interessenvertreter diesen normalerweise gut eingespielten Entscheidungsprozess komplett blockieren.

Haben Sie Beispiele?

Ich möchte jetzt keine Namen nennen. Es kommt oft vor, dass mir in einem Dossier die Hölle prophezeit wird. In zwei Dritteln der Fälle trifft das dann nicht zu. In einem Drittel ist es aber tatsächlich sehr schwierig, Lösungen zu finden. Das ist vielleicht nicht gerade die Hölle, aber die Vorhölle ist es schon (lacht).

Sie sind auch Familienminister. Kürzlich hat Ihr Kollege Ueli Maurer Frauen als Gebrauchsgegenstände bezeichnet. Was sagen Sie dazu?

Es ist fast unmöglich, das zu kommentieren. Man sollte die Aussage aber nicht überbewerten.

Zurück zur Übersicht Interviews

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
http://www.edi.admin.ch/dokumentation/05463/05737/index.html?lang=de